

DEUTSCHE BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Magistrasse 27.
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Central-Kraut- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften.

II.

Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften ist mannigfacher Art. Betrachten wir zunächst den persönlichen Nutzen der Mitglieder. Der schon von mir erwähnte Robert Preußler schreibt über diesen Punkt u. A. Folgendes: „Aus einem Zeitalter des Kleinhandels sind wir in ein Zeitalter des Kleinhandels gekommen. Der Anteil der Arbeiter am Produkt steigt durch den Kampf der Gewerkschaften, und je mehr die Gewerkschaftsbewegung vorwärts schreitet, desto erfolgreicher gestalten sich die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit für die Arbeiter. Was aber durch den Detailhandel bleibt, ist die steigende Ausbeutung des Arbeiters als Konsument, die ihn um den Erfolg seines Kampfes betrügt. Die 400 000 gewerblichen Arbeiter Wiens müssen aus ihren Lohngrosschen mindestens die Erhaltung von 100 000 Personen aus dem Kleinhandel auf sich nehmen. Sie sind in ihrem Einkauf abhängig von den Lebensmittel- und Kleiderhändlern, von den Bäckern, Gastwirthen, Käthenhändlern, müssen die schlechtesten Lebensmittel um einen Preis einkaufen, der oft über 150 p. 100 des ursprünglichen Werthes geht.“ So wird z. B. in Deutschland für Branntwein ein Gesamtbetrag von 660 Millionen Mark jährlich ausgegeben. Davon entfallen auf den Produzenten 84 Millionen, auf den Staat 140 Millionen, auf den Verkäufer 436 Millionen Mark. Aus solchen und ähnlichen Zahlen, die sich auf andere Artikel beziehen, lädt sich schlussfolgern, daß die arbeitenden Klassen als Konsumenten um Hunderte von Millionen Mark alljährlich ausgebaut werden.“

Die Konsumgenossenschaften hingegen befassen den Grundsatz, den Konsumenten der Arbeitsprodukte den Bezug derselben so billig zu verschaffen, daß unter möglichsten Ausschluß des Kapitalprofits und gleichzeitiger Ausschaltung jedweder überflüssiger Arbeitsleistung, im Wackerpreise so viel wie möglich nur der gerechte Entgelt für die in den Waaren verkörperte nothwendige Arbeitsleistung hervortritt.

Von verschiedenen Seiten ist nun wiederholt der Einwand erhoben worden, die Konsumgenossenschaften verbilligen zwar das Leben des Arbeiters, aber sie gäben auch Anlaß zu Lohnherabsetzungen seitens der Unternehmer; dieser Einwand wird dann hinzügig, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu der nöthigen Macht entwickeln haben, um die vereinbarten Lohnsätze möglichst hochhalten zu können. Fast die gesamte deutsche Konsumbewegung sieht noch in den Kinderschuhen, ihren Hauptimpuls bildet immer noch die Dividendenvertheilung; aber der genossenschaftliche Geist und das genossenschaftliche Denken bedarf zur kräftigen Weiterentwicklung höherer Geschäftspunkte, ein höheres Ziel, und dieses ist die Erreichung größerer wirtschaftlicher Macht. In letzterer Beziehung sind die Haupt-Machtfaktoren der herrschenden Klasse der Besitz der Produktionsmittel, der fertigen Waaren, des Kapitals und des Bodens. Hiermit ist nach meiner Ansicht der Weg gekennzeichnet, den die arbeitende Klasse wird gehen müssen, um vorwärts zu kommen. Nun ermöglicht die gewerkschaftliche Organisation den wirtschaftlichen Kampf; die Konsumgenossenschaften ermöglichen die Ansammlung von Kapital und dieses die Eigenproduktion und den Anlauf von Grund und Boden.

Den Beweis für diese Ansicht liefern im weitgehendsten Sinne die englischen und schottischen Genossenschaften, und es wird von Interesse sein, wenn wir uns die Statistik derselben vom Jahre 1900 etwas näher betrachten.

Zahl der Genossenschaften	1 634
Berichtigende Genossenschaften	1 602
Mitgliederzahl	1 827 652
Anteile	1 492 074 580
Umsatz	1 515 737 450
Reingewinn	171 476 000
Angestelltes Kapital	284 238 640

Der Werth der von den verschiedenen Genossenschaften hergestellten Erzeugnisse belief sich insgesamt auf

129 508 860. Beschäftigt wurden von den Genossenschaften außer den direkt beim Verkauf Beteiligten noch Bauarbeiter, Bergleute, Metallarbeiter, Weber, Schuhmacher, Schneider, Buchdrucker, Tischler, Bäder, Müller, im Ganzen etwa 75 000 Personen. Gegenwärtig steht eine englische Genossenschaft im Begriff, ein Kohlenlager anzukaufen. Hierüber berichtet der „Schweizerische Consumverein“ folgendes: „Die stetige Kohlenvertheuerung hat außer den großen wirtschaftlichen Konsequenzen auch die Folge, daß die englische Genossenschaftsbewegung einen großen Schritt vorwärts geht. Unter dem Namen „West Yorkshire coal Federation“ konstruierte sich eine Genossenschaft, zum Zwecke des Ankaufs und Betriebes, auf Rechnung der Konsumgenossenschaften, der Kohlenlager bei Pontefract. Die Totalausgaben — Boden, Maschinen und Sicherheitsarbeiten — werden auf 4½ Millionen Franks geschätzt, welche die Konsumvereine gegenwärtig zu zeichnen haben. Die Produktion ist auf 9000 Tonnen pro Woche geschätzt und kann leicht abgesetzt werden, indem in der betreffenden Provinz nicht weniger als 690 000 Konsumgenossenschaftsmitglieder sich befinden. Bei Annahme eines Spielraumes von 1.50 Frs. pro Tonne des Produktionspreises wird auf einen jährlichen Gewinn von 2 800 000 Frs. gerechnet. Die Großeinkaufsgenossenschaften von Manchester sollen jedoch die Leitung in die Hand nehmen. Nach Sir James Toish haben die englischen Kohlenzeichen in den letzten 15 Jahren 1886/1900 2802 Millionen Tonnen gefördert, an welchen 100 901 000 Pfds. Sterl. (à 25 Frs.) Reingewinn erzielt wurden.“

Der beschränkte Raum verbietet mir, auch aus anderen Ländern ausführlichere Daten über den Stand der Konsumgenossenschaften zu bringen. Ich möchte nur hinzufügen, daß dieselben namentlich in Belgien und Dänemark zu einer erfreulichen Entwicklung vorgeschritten sind. Die Großeinkaufsgesellschaft dänischer Konsumvereine hat kürzlich eine der größten Tabakfabriken Dänemarks käuflich erworben, damit ist zugleich für die Mitglieder der Konsumvereine der Einfluß des Tabakfabrikanten-Ringes gebrochen. Auch die englische Großeinkaufsgenossenschaft Cooperative Wholesale Society hat einige kapitalistischen Syndikaten, wie z. B. dem Mehl- und Speckring, ihre Macht über die Konsumgenossenschaften genommen; es ist also nicht richtig, wenn behauptet wird, daß dieselben zur Durchbrechung der Macht der Syndikate zu schwach seien, es wird wenigstens mit zunehmender Ausdehnung des genossenschaftlichen Gebietes in vielen Fällen möglich sein, der Ausbeutung der Trusts und Ringe zu entgehen.

Die höchste Bedeutung der genossenschaftlichen Konsumvereinigungen besteht aber nach meiner Überzeugung darin, daß die arbeitende Klasse bestrebt ist, allmählich höhere soziale Produktions- und Organisationsformen zur Entwicklung zu bringen, welche die Verbildung zu einer höheren Gesellschaftsform bilden.

Dann während die kapitalistische Gesellschaft auf individualistischer Grundlage besteht, wird die sozialistische Gesellschaft nur auf genossenschaftlicher Grundlage beruhen und bestehen können. So bilden denn die konsumgenossenschaftlichen Organisationen eine wichtige Ergänzung der gewerkschaftlichen Vereinigungen zur Erreichung besserer, vollkommener gesellschaftlicher Verhältnisse und so mehr beide Organisationssysteme vorwärts schreiten, je mehr sie sich an Mitgliederzahl ausdehnen, desto stärker wird auch die wirtschaftliche und politische Macht der Arbeiter. Denn es ist ein verhängnisvoller Irrthum, zu glauben, die Erfahrung der kapitalistischen Klasse könne je einem degenerirten, mit Roth und Blau kämpfenden Proletariat passieren. Diese Anschanung widerspricht vielmehr dem historischen Entwicklungsgange der Menschheit, sowie auch der Naturwissenschaft. Denn Darwin, der berühmte Denker und Bahnbrecher auf naturwissenschaftlichem Gebiet, lehrt, daß nur die kräftigsten Leben seien und die, welche sich an die veränderten Lebensbedingungen am besten anzupassen wissen, den Kampf ums Dasein erfolgreich bestehen werden. Dieser wird aber wiederum für die Arbeiterklasse bedeutend erleichtert durch den Zusammenschluß in passenden Organisationen, fügen wir also der gewerkschaftlichen und politischen noch die konsumgenossenschaftliche Vereinigung hinzu, so werden wir desto eher und desto besser unseren gemeinsamen Zielen näher kommen.

Das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis

findet in Nr. 28 des „Wochenberichtes der Großeinkaufsgesellschaft der Deutschen Konsumvereine“ vom Redakteur H. Kauffmann eine eingehende Würdigung, mit welcher wir im Großen und Ganzen vollständig einverstanden sind.

Die Unregung hierzu gab ein auf der Generalversammlung der Handelsangehörigen zu Halle a. S. gehaltenes Referat über diese Materie. Die dort angenommene Resolution enthält die Forderungen dieser Kategorie den Konsumgenossenschaften gegenüber. Auf dem Grunde, daß bei unserer Organisation eine nicht unbedeutende Zahl der in diesen Instituten Beschäftigten mit in Betracht kommt, wird es nicht unangebracht sein, daß wesentlichste des im „Wochenbericht“ enthaltenen Leitartikels wiederzugeben.

Eingangs lädt sich Herr Kauffmann, das Arbeitsverhältnis von der theoretischen Seite beleuchtend, folgendermaßen vernehmen:

„Zur Herbeiführung eines wahrhaft genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses gehört es unbedingt, daß die Genossenschaften sich bemühen, alle berechtigten Forderungen ihrer Angestellten zu erfüllen. Die Genossenschaften und deren Angestellte stehen nicht zu einander wie zwei andere feindliche Mächte, deren Interessen verschiedenartig sind und von denen jede sucht, auf Kosten des andern möglichst große Vorteile für sich zu erzielen; vielmehr kann man die Stellung des Personals einer Genossenschaft mit der der Beamten vergleichen. Wie die Beamten im Dienste und im Interesse einer kleineren und größeren Gemeinschaft, einer Gemeinde, einer Stadt oder eines Volkes bestimmte Funktionen ausüben, so üben die Genossenschaftsangestellten ebenfalls im Dienste und im Interesse kleinerer oder größerer Gemeinschaften der Konsumvereine und Großeinkaufsgesellschaft eine bestimmte Thätigkeit aus.“

Wohlkundt heben sich diese Sätze von dem Vorgehen einzelner Konsumgenossenschafts-Leitungen gegenüber ihren Angestellten ab. Und wer empfindet größere Genugthuung bei diesem Ausspruch, als die Gewerkschaftsbewegung, die kein Mittel unverzüglich ließ, die Genossenschaften darauf hinzuweisen, daß ihre Angestellten die Idee des genossenschaftlichen Geistes in sich tragen müssen, um mit vereinten Kräften eine Aussicht zu ermöglichen.

Im Gegenzug zu dem Artikelschreiber in Nr. 16 der „D. B.-Ztg.“, welcher im Leitartikel über besondere Forderungen folgendermaßen sich ausläßt:

„Besondere Forderungen an die Konsum- und Genossenschaftsbürokratie haben wir nicht zu stellen, wenigstens nicht in Bezug auf die Lohnsätze. Wir können wohl im Allgemeinen verlangen, daß solcher Betrieb stets gute mittelmäßige Löhne, wie sie in den Gewerken am Ort üblich sind, unserem Kollegen bezahlt, darüber hinaus Forderungen an solche Unternehmen zu stellen, sind wir aber nicht berechtigt.“

Daraus schlüpfolt er weiter: „Unterbreiten wir doch nach dieser Richtung über diese ortüblichen Löhne hinausgehend Wünsche, so werden das auch nur Wünsche bleiben, und vom guten Willen der Genossenschaftsmitglieder, wie deren Verwaltung, ferner auch von der Rentabilität des Geschäfts wird es abhängen, ob solche Wünsche verwirklicht werden können oder nicht!“

Dazu schreibt der „Wochenbericht“ weiter: „Stellen aber die Genossenschaften so hohe Anforderungen an ihre Angestellten, wollen sie sie herausheben aus dem privatwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis und zu einer in ihrem Dienste stehen den Beamtenchaft machen, so müssen sie auch selbstverständlich bestrebt sein, alle berechtigten Ansprüche ihrer Angestellten zu erfüllen und denselben die Lohn- und Arbeitsbedingungen so günstig wie möglich zu gestalten.“

Die Notwendigkeit dieser beiden Gegenüberstellungen ist schon allein aus diesem Grunde gegeben, um auch die gegenseitige Ansicht zwischen dem Leitartikel in Nr. 16 der „D. B.-Ztg.“ und dem des „Wochenberichtes“ den Lesern zu unterbreiten. Welche Motive den Schreiber des ersten Artikels zu den Worten veranlaßten: „darauf hinaus Forderungen an solche Unternehmer zu stellen, sind wir nicht berechtigt“, ist unverständlich, weil eine nähere Erläuterung fehlt. Die intensive Produktionsweise einerseits, die durchgehende Arbeitszeit in einer erlediglichen Zahl derartiger Betriebe andererseits, beweisen uns aber das Gegenteil, daß denzusammen, um die Kraft des Arbeitenden in kurzfristiger Weise fristlos nicht verloren geben zu lassen, ferner ihm zu ermöglichen, als Genossenschaftler sich dem Genossenschaftsmeister in den freien Stunden zu widmen und endlich weil die Verantwortlichkeit des Einzelnen weit mehr in Betracht kommt, als bei Privatunternehmen; schon daraus erwächst für die Konsumgenossenschaften die Pflicht, ihren Angestellten angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen einzuräumen. Aus diesem Grunde ist eben Angeführtes nicht anzuerkennen.

Auffällig stehen nicht nur die Worte im „Wochenbericht“: „Stellen aber die Genossenschaften xix.“, von denen in der

„D. B.-Stg.“ ab, sondern es ist auch die legale Folgerichtigkeit des Handelns der Verwaltungen ihren Angestellten gegenüber und dennoch ist die Zahl Derselben nicht klein zu nennen, welche in dieser Beziehung noch viel zu wünschen übrig lassen. Warum? Weil die frankende Erscheinung der Dividendenjägerei noch zu sehr in den Mitgliedern wurzelt!

Gewiss gehören die organisierten Arbeiter zu denen nicht, die im heutigen Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in diesen Vereinen das Arbeitsverhältniß des eines Zukunftshauses gestalten wollen, aber den an die Angestellten gemachten Anforderungen gemäß sollen sie entlohnt werden. Zum "Wochenbericht" wird ferner für den S-Stundentag

Im „Wochenbericht“ wird ferner für den S-Stundenvertrag eingetreten: „Die Forderungen für die Kontoristen und Lagerangestellten: „Achtstündige Arbeitszeit, jährlich zwei Wochen Ferien unter Fortzahlung des Gehaltes“ dürfen im allgemeinen, namentlich so weit es sich um größere Betriebe handelt, durchzuführen sein“. Mit Freuden muß anerkannt werden, daß der fortschrittliche Geist in dieser Richtung mehr und mehr zur Durchsichtung gelangt, selbst auf die Gefahr hin, von den im reaktionärsten Banne stehenden Handwerksträgern sozialistisch bewusst zu werden. Die Zweckmäßigkeit gründet: Einführung eines 8-Stündigten Normalarbeits-tages werden nicht nur von der Arbeiterpartei ins Feld geführt, sondern auch von einer Reihe bürgerlicher Sozialpoli-tiker und arbeiterfreundlicher Unternehmer, die anfangs utopisch klängenden Worte in die Praxis umgesetzt. Was Wunder, daß die daraus gewonnenen Erfahrungen immer mehr in weitere Gesellschaftsschichten eindringen. Die Leistungsfähigkeit des Einzelnen bei kürzerer Arbeitszeit im Bezug auf Quantität und Qualität, die dabei in Betracht kommenden Betriebserspartnisse und die den Arbeitern ge-botene Möglichkeit, in der freien Zeit sich mehr an Wissen zu bereichern, dadurch über die Schäden des Alltagslebens hinauszusehen lernen, wirken propagierend auf die gemachten Erfahrungen.

Das Zwischenmeisterystem, theilweise noch bestehend, wird im „Wochenbericht“ befürwortet. Ueber diese unzeitgemäße Einrichtung wurde von unsrer Berufskollegen an dieser Stelle schon bezüglicher Klage geführt. In einigen Konsumvereinen ist noch diese Unstille zu vermerken, daß die Lagerhalter die Ladenmädchen aus den an Erstere verabfolgten Prozenten des Umsatzes zu entlohen haben.

liebet die Arbeitsnachweise und die damit in Betracht kommende Anstellung der Arbeitskräfte, welche das Vestier in diesem Blatte in Erörterung gezogen wurden, besaßte sich der "Wochenbericht" folgendermaßen: „Eine der schwierigsten Fragen ist die des Arbeitsnachweises. Es gibt in Deutschland Arbeitsnachweise der Berufsorganisationen der Arbeiter, Arbeitsnachweise der Unternehmer und partikuläre Arbeitsnachweise. Dem Wesen der Genossenschaften entsprechen am meisten die Letzteren. Wo solche nicht vorhanden sind, wird die Genossenschaft sich jedenfalls des Arbeitsnachweises derjenigen Organisation bedienen, die der Genossenschaftsbewegung am freundlichsten gegenübersteht, vorausgesetzt natürlich, daß dieser Arbeitsnachweis so leistungsfähig ist, daß er allen berechtigten Ansprüchen genügt.“

Es ist vorliegend, hierbei den Beschluss der 7. Generalversammlung in Münzen, wonach der Verbandsvorstand beauftragt wurde, folgende Forderungen an die Genossenschaften zu richten: „Bei Erstellung von Bädereiwertern wie nur durch die Arbeitsnachweise des Verbandes event. den Verbandsvorstand zu beziehen“, mit einzuschleichen. Am Mai 1899 wurden diese Forderungen an 24 Genossenschaftsbäderien und 44 Ronjumbäderie (mit eigenem Bädereibetrieb) verhandelt. Von den an 68 Genossenschaften mit eigenen Bädereibetrieben gerichteten Fragen gingen nur 11 Antworten ein, zusammenfassend Sime ein, trotzdem unser Centralarbeitsnachweis ja leistungsfähig ist — um mir Herrn Rauchmann zu teilen —, daß er allen berechtigten Anstreben geängt“. Und welche Ursachen sind vorhanden, daß sich die überwiegende Zahl von Genossenschaften fürstbi, den Arbeitsnachweis einer Arbeitserganzung anpassen? In erster Linie der Widerstand der Betriebsleitenden, denen durch die drei ersten Perioden nachdrückliche Gründen, welche während dieser Periode nicht Vorteile zu ihnen wogten, als die Genossenschaften verpflichtet zu machen, mit Vorliebe Beauftragung finden. Die Arbeitserganzungen würden diese Betriebe bergehen lassen, wenn die Garantie geboten wäre, all diese Elemente ihren Betriebsorganisationen zuzuführen zu können. Das Gegenteil ist Erfahrung, denn nach einer Abstimmung unter unsrer Verbands sind bereits 40 Galgen in den Ronjum- und Genossenschaftsbäderien eingeführt, woson nicht ohne 500 ihrer Betriebsorganisationen vorliegen. Nicht feindbarer angesehen ist es, wenn Gewerkschaften mit Arbeitsergänzungen, die innerstaatlich stehen gegen die Organisationen aufzutreten, die man vereinfacht im Westen liegen zu führen, aufkommen lassen müssen. Ob diese Brüderen mit gewerkschaftlichen Geiste zur Seite gesetzt, lassen wir abhangen.

Umso als je fallen wir bei der unklaren Bezeichnung er-
sehen, was zu erledigen, doch nur ausdrückliche Weisung im Ge-
samtstaatsvertragseinzelvertrag werden. Wer Widerstand
gegen für verhinderte Richterweiter, welche durch die Gemein-
schaft trüten auf die Seite kommen wollen, die dieser Be-
zeichnung förmlich gefordert habe, für Dispositionen ist kein Platz
in den Verfassungen

Digitized by srujanika@gmail.com

Verdienst 16 S. Jahre in deutscher Bühne gezeigt, und auch die Jahre in einer neuen Freiheit unterrichtet. Erste vier in London verbrachte und mitgebrachten, beiden deutschen Künstlern die Nachkriegszeit zu erläutern, die sie hier fand. Nun ist wieder nichts Deutsches mehr möglich in den Kinos von Berlin, besteht die Lustwelle, dass ein Bild in London und Großbritannien zeigt, aber von der Nachkriegszeit keinen rechten, authentischen Effekt lässt man sich nicht, was auch so zu erwarteten ist, wenn man in Berlin lebt, bis die Wiederaufbaukommission ihre Kommissionen aufgelöst und ihren Nachkriegsaufgaben im Durchgang verhindert wird. Da diese beiden bringen ihre Geschäftspartner und ihre besten deutsche Kollegen hinzugezogen, haben gefüllten Kinotheater in London und eine Art Gebülfte für die Kino- und Foto. Wenn da das ja irgendwie zulässig, so könnte jeder lange eingestellte Künstler in englischen Museen und solche Museen befinden, aber die freien englischen Bildmaler sind die größten Künstler und das sind Männer, denen Menschenkenntnis und Freiheit verboten. Dafür ist Großbritannien trotzdem ein Land, das es in Reaktion zu Deutschland in Polens und Litauen erledigt, bei der Kino- und Foto-Abteilung Bildmaler aus Russland herüber zu holen und teilweise Künstler aus Europa überzeugt zu erhalten, die sie nicht in Deutschland verbringen und infolge der großen Nachkriegszeit in Deutschland finden sich dort nur zu leicht eingeschlossen, so dass Auslandskunst die Nachkriegszeit vielleicht nicht besser. Tatsachen ist gewiss, dass es in England einen kleinen Platz aufzuhalten, wo es möglich

Streifbrecher, wie man sie bei der Aussperrung in Göteborg (Schweden) aus Deutschland holte, noch ihr gerütteltes und geschütteltes Maß beitragen!

Neu zugereiste Reisegen aus Deutschland verdienen hier selten mehr als pro Woche 20 M., wofür sie sich Kost und Wohnung selbst zu stellen haben, und will man da als Mensch leben, so langt bei den theueren Lebensmitteln der Lohn nicht einmal dazu. Allerdings giebt es trotz dieser schlechten Löhn noch einige, die von den 20 bis 30 M. sich noch Ersparnisse machen, aber diese seien auch nach einiger Zeit schon aus wie wandelnde Skelette, denn sie essen sich nicht satt und kommen aus ihren dumpfen Kellerhöhlen nicht heraus, und daß sie dazu keine Zeit haben, dafür sorgen schon ihre deutschen Landsleute, ihre Ausbenter, durch täglich 13- bis 15stündige Schinderei. Arbeiten und Schlafen, weiter kennen diese Leute nichts, kein Wunder, daß sie schon nach einigen Jahren als entnetzte Krüppel umherlaufen. Wie zum Hohn ist die ständige Redensart dieser deuischen Meister bei Einstellung von Arbeitskräften: „Ich habe nicht viel zu thun!“ — Damit haben allerdings diese Dickbauche recht, daß sie nicht viel zu thun haben; sie führen den Tag über ihren corpulenten Körper spazieren oder lassen sich denselben hinter Wein- und Bierflaschen austrocknen; arbeiten lassen sie andere für sich. Das Gegenheil ist aber bei den Gehülfen der Fall, denn diese kommen die ganze Woche aus der Tretmühle schwerer Schuftei nicht heraus.

Das einzige Gute ist hier, daß Sonntag nicht gedenkt wird, also vollständige Sonntagsruhe herrscht. Aber ebenso herrscht dieselbe in den Vergnügungsläden, die sonst für Arbeiter offen sind. So bleibt denn diesen Sklaven der Wachstuben Sonntags weiter nichts übrig, als in eine der vielen Kirchen zu gehen und sich dort über das irdische Kammerthol mit dem Hinweis auf das himmlische Jenseits einweigertönen zu lassen.

Und unsere Bädermeister können sehr stromm thun ihren Arbeitern gegenüber, halten dieselben zum Kirchengang an, wissen sie doch zu genau: Je mehr der Mensch in die Kirche geht, desto mehr glaubt er; je mehr er glaubt, desto weniger weiß er, desto dümmer ist er und desto leichter lässt er sich von den brutalen Bädermeistersprogen bis zur frühzeitigen Verzüppelung und Siechthum auszuprobieren!

Rati Staub, London.

Aus unserem Berufe.

Eine siedeie Innungstagung verspricht die vom 9. bis 14. August in Köln stattfindende Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Bäderinnungen "Germania" zu werden. Man höre nur einmal, was auf dieser Tagung von Vertretern des ehrenamen Handwerks an Vergnügungen geboten wird: Samstag, den 9. August, Nachmittags Eröffnung der Ausstellung, Konzert im Garten des Kiehler Hauses; Abends Zusammenkunft der Kollegen im fränkischen Hof. Sonntag: Vor- und Nachmittags Konzert in der Ausstellung; Abends Festommers im Börsenaal des Gütersmids. Montag: Nachmittags Festessen im soogen. Saal der Bürgergesellschaft mit nachfolgendem Festball, Konzert in der Ausstellung. Dienstag: Nachmittags Konzert in der Ausstellung; Abends großes Gartenfest in der "Flora" mit Brillantfeuerwerk und unter Mitwirkung des Männergesangvereins "Kölner Liedertanz". Mittwoch: Nachmittags Konzert in der Ausstellung; Abends humoristische Unterhaltung im Stil des Kölner Karnevals. Donnerstag: Fahrt nach Königswinter. Die knappen Pausen zwischen diesen Vergnügungen werden aller Vorauflösung noch mit bewegten Klagen über den Untergang des Handwerks, über die zunehmende Begehrlichkeit der Gesellen und über die Gefährlichkeit des Achtuhrladenstuhles ausgefüllt werden.

Die Bädermeister sohne. Der dritte Ver-
einstag der Brauvereine der Bädermeisterschule Deutschlands
in Österreich, der vom 17. bis zum 19. Juli in Wien
gehalten wurde, beschwiegte sich auch mit den Streits. Der
delegierte Schmidt (Berlin) erklärte, die Bädermeisterschule
seien die moralische Verpflichtung, die Meisterschaft bei
ausbruch eines Streits zu unterstüzen. Dieses mügten sie
aber auf dem Grunde, weil sie einmal „das Erbe der
Meister“ antreten müssen. Der Sohn des Bädermeisters
Leber (Wien) sagte, die Meisterschulevereine mügten sich
all und ganz der Meisterschaft anschließen, damit sie sich
eine Unterstützung erwerben. Der Münchner Delegierte
Kernagel trat dagegen für eine unabhängige Stellung der
Bädermeisterschule ein, doch mügten diese mit der Meisters-
chaft in „freier Fühlung“ bleiben. Präsident Müller (Berlin)
sagte aus: Wenn ein Streit proklamirt wird, so münnen
er neutral bleiben. Der jetzige geschäftsführende Vorstand
möchte die seine Hand dazu bieten, den Verband agitatorisch
zu Bekämpfung eines Streits in Bewegung zu legen. Wir
stellen nicht, daß die Gelehrte auf uns Einfluß nehmen, wir

llen aber auch nicht, daß wir uns im Allern für die Meister freuen müßten. Was das einzelne Mitglied früher als einer ist, geht uns nichts an; im Beirat können wir an dem Punkt eben, aber wie darüber nicht agitatorisch aufzutreten. Delegierter Bederneit (Berlin) trat für unbedingtes Vommengeben mit der Meisterschaft ein; ebenso sprach sich Meister Lehrer (München) für die Unterstützung der Richter im Falle eines Streiks aus. Delegierter Wolfbauer (Berlin) forderte die Rechtsanwendung einer selbständigen Stellung des Vereins, damit die Entlastung über einzelne Fragen abgestellt sein soll; nur im Falle eines Streiks seien die Richter von den Vereinen zu unterstüzen. Mit dem Schlußwort des Referenten Schmidt (Berlin) war die Debatte über den Punkt erledigt. Von einem für die Verbandsvereine verbindlichen Beschluß wurde abgesehen und den einzelnen Vereinen ihr jetzigeß Verhalten freigestellt. — Die Meistermeister waren also ja vorsichtig, einen Beschluß nicht zu fassen. Sie können aber ohne Schwierigkeit handeln, daß sie im Falle eines Streiks Strafverfahren leisten werden, da die Sellen doch beraten gelehrt sind. Die Wissenschaftler können nur sagen, daß sie im Falle eines Streiks nur auf ihre eigene Kraft angewiesen sind.

Der Verlegerstatter des "Zeitgeist" bemerkte noch zu
der Debatte:

„Auf dem Verlaufe der Debatte zu urtheilen, wäre bei einer Abstimmung die Gueilltreforridtung ganz bestimmt abgelehnt. Der Präsident Rüster bildet mit seinen rellsch markanten und von einem Brustbele überdeckbaren rothaarigen Haaren dengenden Kreuzfransen einen; die beiden Delegirten Vorsitter kommt und kommt bis Ratsbolzplatz, bis Weißer im Halle des Stadts zu unterführen. Ich unter dieser Gueilltreforridtung führt auch die kleinen Reitern hervor, das eigentlich nicht erlaubt ist; heute, am zweiten sozialen Rassekampf eingeschritten, erlädt der Befehl der Generaldirektion eine „Notverordnung“, wie offiziell der Präsident schreibt: so kann er jetzt fahrt. Die 125. Straf vom 11. Stadts aus für durchgehend verboten ist, dass die Württembergischen mit einem Gesetz in der Stadt fallen ist. Eine Wölfe Sache ist das nur.“

Zum weiteren Punkt der Tagesordnung: „Die Meistervereine und die Gesellschaft“ führte Delegirter Arentz (Potsdam) in seinem Referat u. d. w. s. Die Meistersöhne wurden und werden von den Gesellen mit scheelen Augen angesehen. In früherer Zeit moq das daher gerührt haben, daß es beim Kunstwesen den Gesellen fast unmöglich war, selbständig zu werden, weil das Geschäft doch stets von Vater auf Sohn überging. Heutzutage ist es jedem Gesellen möglich, wenn er sparsam ist und tüchtiges leisten kann, sich so viel Geld zu erwerben, um ein Geschäft einzurichten. Andererseits ist das oft bestehende Mißverhältniß zwischen Meistersöhnen und Gesellen darauf zurückzuführen, daß sich die Meistersöhne bedeutend erhaben dünnen über den Gesellenstand, trotzdem sie auch eigentlich mit Gesellen sind. Um ein gutes Verhältniß zwischen Meistersöhnen und Gesellenstand zu erzielen, sei es Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Fachvereins von Meistersöhnen, daß er die Gesellen aufnimmt.

Delegirter Ertlwein (München) vertrat den Standpunkt, daß die Gesellen nicht in die Meistersöhnevereine aufgenommen werden sollen, denn sonst würden über kurz oder lang aus den Bäckermeistersöhnevereinen Gehülfenvereinigungen; es bestehé aber kein Anstand, daß die Gehülfen die von den Meistersöhnen veranstalteten Meisterkurse besuchen, was aber nicht der Fall sein werde, da die Gehülfen bei ihrer großen Zahl selbst solche Kurse ins Leben rufen werden.

Delegierter Wolfsbauer (Wien) wollte die Aufnahme von Gehilfen der Entscheidung jedes einzelnen Vereines überlassen wissen.

Präsident Müller (Berlin) sagte u. A.: Es soll uns jeder Geselle willkommen sein, aber wir dürfen absolut nicht für die Heranziehung von Gesellten agitieren. Unser Verband wurde zur Hebung des Handwerks gegründet, daher müssen wir für den Nachwuchs solcher Meister sorgen, welche von unserem Geiste beseelt sind. Sozialdemokratische Elemente dürfen wir allerdings nicht aufnehmen. (Zustimmung.)

Auch über diesen Gegenstand wurde kein Beschluß gefasst. Se nachdem sich die Meistersöhne eines Vereins „bedeutend“ erhalten dünnen über den Gesellenstand“, werden also in den Vereinen Gehülfen aufgenommen werden oder nicht. Aber nur weniger Gehülfen wird es gelüsten, in einen Verein von Bäckermeistersöhnen einzutreten. Dazu ist der wirtschaftliche Gegensatz zu groß. Der Gehülfen mit seinen paar Groschen bliebe immer der arme „Tropf“, er würde immer in die Ecke gedrückt und bloß geduldet sein; denn die Überhebung der Meistersöhnlchen über den Gesellenstand gründet sich einzig und allein auf ihren vollen Geldbeutel. Die wenigen Gehülfen, die in einen Meistersöhneverein eintreten werden, werden auch wieder nur Söhne gutstirnter Eltern sein, für die große Masse der Gehülfen, deren ganzes Besitzgut sich auf ihre nackte Arbeitskraft gründet, kommen solche Lugusvereine, die zudem noch die Aufgabe haben, der Gehülfenschaft bei ihren Lohnkämpfen in den Rücken zu fallen, nicht in Frage.

Der nächste Verbandstag dieser „brossigsten aller Organisationen“ soll in München stattfinden, wo sich dann die „Bäckereistudenten“, wie sie ein witziger Meister nannte, übermals ein Stellbuchein geben werden!

Auch die Berliner Bäckerinnung "Gontor dia" hat, wie vorauszusehen war, am 23. Juli in ihrer Versammlung der Errichtung eines Innungsschiedsgerichts vorgestimmt, um so daß Einigungsamt beim Gewerbege richt, welches sich allseitiges Vertrauen erworben hat, illusorisch zu machen. Der Obermeister ersuchte um debattlose Annahme des Statuts. Namens des Gesellenausschusses erklärte Altgeselle Most, daß die Gesellschaft der Innung, ja die ganze Arbeiterschaft Berlins, nur daß vom Berliner Magistrat errichtete Einigungsamt anerennen können, da dieses die kleinige Gewähr strenger Unparteilichkeit biete. Da der Vorstehende beim Jurungsschiedsgericht (Einigungsamt) das Ge samt von den Innungen beziehe, so biete er den Arbeitern nicht die volle Gewähr der Unparteilichkeit, wenigstens wolle man ihn nicht in diese Versuchung bringen. Die Bäcker gesellen würden das Jurungsschiedsgericht als Einigungsamt nicht anerennen. Obermeister Vogler weist die Besürchtungen des Altgesellen betreffs des Vorstehenden des Einigungsamtes zurück. Die Vorstände der Bäcker-Innungen seien bemüht gewesen, der Gesellschaft nach Möglichkeit entgegenzutreten. Es müsse doch den Gesellen lieber sein, über ihr Wohl und Wehr nur Fachleute berathen und urtheilen zu lassen. Handwerk bleibe doch Handwerk! Der Meister sischer stellt sich auf den Standpunkt des Altgesellen und befürchtet, da die Gesellschaft dem Einigungsamt mit seinem Misstrauen begegnet, daß es nie zum völligen Frieden kommen werde. Gegen eine geringe Minorität wird darauf noch den Vorschlägen des Vorstandes beschlossen und die Abänderungs-Paragraphen angenommen.

Über die Lage des Bäckereigewerbes im
erstklassigen Saale veröffentlicht der Bericht
der Kesten der Berliner Kaufmannschaft über Handel
und Industrie von Berlin folgende Beurtheilung: Die allgemeine Depression machte sich auch beim Brod-
warenverkauf bemerkbar. Diejenigen Bäckereien resp. Brodsfabriken,
welche vorzugsweise oder nur Roggenbrot herstellen, konnten
nur mit geringem Nutzen arbeiten; die große Konkurrenz und
der verkleinerte Absatz gaben Veranlassung, größeres Brod
zu liefern, was den Verdienst schmälern mußte. Daher ist
in der Brodsfabrikation nicht nur keine Ausdehnung, sondern
es ist ein Rückschritt zu konstatiren. Dagegen fand seines
Leiengeschäft guten Absatz. Die Bäckereien suchen dem ver-
kleinerten Geschmack des Publikums immer mehr Rechnung
zu tragen, und es hat daher die Zahl der Betriebe, die auch
das Abendfrisches Gebäck liefern, im Berichtsjahre wiederum
bedeutend zugenommen. Da die Mehlpredise nicht hoch sind
und das Publikum hier mehr auf die Güte des Gebäcks als
auf die Größe derselben sieht, so konnten diese Geschäfte
mit mäßigem Nutzen arbeiten. Die Arbeitsverhältnisse haben
sich im Berichtsjahre zu Gunsten der Unternehmer etwas ge-
ändert. Während sich noch im Sommer 1900 großer Mangel
an Arbeitskräften im Bäckereigewerbe bemerkbar machte, be-
obachtet infolge des Niedergangs der Industrie
die Zeit daran ein Überfluss. Bäcker ge-
stellen, die sich vorher dem Beruf abgewandt
hatten, sind, weil die anderweile Arbeits-
leidigkeit versiegte, zum erlernten Ge-
werbe zurückgekehrt. Auch wenden sich wieder be-
deutend mehr Lehrlinge dem Bäckerberufe zu. Der Überfluss
an Arbeitskräften hat aber keineswegs eine Lohnreduzierung
mit schlechteren Arbeitsbedingungen herbeigeführt, ebenso sind
noch erweiterte Forderungen der Arbeitnehmer nicht hervor-
getreten. Die Bewegung gegen den neuen Zolltarif trat in
Bäckerkreisen zuerst nicht scharf hervor, da man eine Er-
höhung über die Sähe von 1887 nicht erwartete. Als der
Entwurf aber höhere Sähe vorsah, haben auch die hiesigen
Bäcker sich gegen diese hohen Getreidezollsätze ausgesprochen.
Der Bäckerarbeitstag (die Bundesrathsvorordnung vom
März 1893) findet noch immer den lebhaftesten Widerspruch

Wenn selbst die Bäderinnungen — welche doch das Material zu diesem Urteil liefern — die kolossale Arbeitslosigkeit und den gewaltigen Zufluss zur Lehrlingszüchterei infolge der wirtschaftlichen Krise anerkennen, so ist das wohl das sicherste Zeichen von dem Einfluß des wirtschaftlichen Niederganges auf unser Gewerbe! — Wenn es in dem Bericht allerdings heißt, am Jahre 1900 sei Arbeitsmangel vorhanden gewesen, so ist das mindestens übertrieben, denn auch in den Jahren bester Kenntnisse hatten wir infolge der Überfüllung des Berufes noch mit Arbeitslosigkeit in allen Großstädten, besonders aber in Berlin zu rechnen. — Daß die Innungsgrößen auch bei dieser Gelegenheit wieder das ihnen so geläufige Sprüchlein vom „lebhaften Widerspruch der Meister gegen den Maximarbeitsstag“ herletern, halte wohl kein Gehülfen anders erwartet.

„Einschränkung“ der Lehrlingszüchterei durch den Obermeistertag der Bäderinnungen Osterland! Diese Herren beschlossen: „Ein Meister mit einem oder einem Gesellen kann 2 Lehrlinge halten, bei 2 Gesellen können 3 Lehrlinge als Höchstzahl gehalten werden, jedes Jahr darf aber nur ein Lehrling eingestellt werden.“ Wenn solche Beschlüsse schon eine Einschränkung der Lehrlingszüchterei bedeuten sollen, dann geht die zahlreich nachgewiesene Überzeugung unseres Gewerbes in noch rascherem Tempo vor sich. — Etwas energischer rückte schon die Handwerkskammer in München der Lehrlingszüchterei auf den Leib. Sie beschloß: „Betriebe mit einem bis zu zwei Gehülfen dürfen 1 Lehrling, auf je zwei weitere Gehülfen einen Lehrling mehr halten.“ Darnach durfte nur ein Betrieb mit vier oder mehr Gehülfen den zweiten Lehrling und ein solcher mit sechs und mehr Gehülfen den dritten Lehrling einstellen.

Die erste Bäckereiverordnung, welche die Zustimmung der organisierten Gesellenvertreter fand, ist jetzt in München eingeführt worden. Dieselbe sieht uns allerdings nicht im Wortlaut vor, aber wenn der Gehülfenausschuß sich einstimmig dafür erklärt, kann man wohl vermuten, daß die Rechte und Pflichten der Arbeiter und Meister gleichmäßig verteilt, während alle anderen Innungen in derartigen Bäckstuben (besser Buchtäus-) Ordnungen nur Pflichten der Gehülfen, aber keine Rechte anerkennen wollten. Gegen die Proteste der Gesellenausschüsse gelang es aber trotzdem den Herren fast überall, mit Zustimmung der Behörden solche Buchtäusordnungen einzuführen, womit sie natürlich keinen Frieden im Gewerbe geschaffen haben.

Ein Bäckermeister, der es immer noch nicht glauben kann, daß auch für ihn die Bundesrathoverordnung Geltung hat, ist Bäckermeister Dürrhofer von der Amalienstraße in München, den „Schnufer“ in einem Briefe schon einmal als „spinnent“ bezeichnete, was auch Thatsache zu sein scheint, denn sonst könnte es nicht möglich sein, daß er zum sechsten Male wegen Überarbeitung bestraft werden sollt. Auch der Aloisius konnte nicht helfen, denn der Gerichtshof lehnte ihn als Sachverständigen ab, weil er wahrscheinlich annahm, daß ein abgefallener Innungsvorstand nicht mehr sagen kann, als die Herren selbst verstehen. Es half nun Herrn Dürrhofer trotz der Redefunktion seines Vertheidigers und eines privatirenden ehem. Bäckermeisters widersprechenden Aussagen nichts mehr, sondern er wurde zu 100 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Haft verurtheilt. Was zwei weitere Anzeigen bringen werden, muß erst noch abgewartet werden. Ob er nun bald seine Bosheit aufgibt, wird sich zeigen! — Wir Streitbüschchen lassen nicht nach.

Den verunglückten Streitabwehrfonds will der Vorstand des Germaniaverbandes in Köln nach seinem Antrage in eine Unterstützungsstätte — freie Hülfestätte — ummodelln. § 2 der Statuten lautet:

Der Zweck der Unterstützungsstätte ist, ihren Mitgliedern (Innungen) diejenigen Kosten, welche bei Einführung einer Arbeitseinstellung durch Herausziehung von Arbeitskräften von denselben aufgewendet werden, zu ersparen.

Der § 3 bestimmt, daß einzelne Innungen des Germaniaverbandes nur geschlossen Mitglieder dieses Fonds werben können und nach § 6 haben dieselben zu Beginn jedes Jahres einen Beitrag von 50 Pfa. auf jedes ihrer Mitglieder einzufinden. Interessant sind noch folgende Paragraphen:

§ 8. Wenn die Gesellen im Bezirk eines Kassenmitgliedes (Innung) die Anerkennung und Bewilligung unverrichteter Forderungen durch gemeinschaftliche Arbeitsniederlegung erzwingen wollen, so hat die Innung die Pflicht, einer Stadtrat in ihr vereinten Bäckereibetriebe und einer dadurch event. eintretenden Störung in der Ernährung der Bevölkerung sofort durch Herausziehung einer genügenden Anzahl von Arbeitsträgern ohne Rücksicht auf die entstehenden Kosten vorzubeugen.

Kosten, welche zu diesem Zwecke aufgewendet sind, für Telegramme, Drucksachen, Abhaltung von außerordentlichen Innungsversammlungen, für Eisenbahnsahrt und Reiseverpflegung der herangezogenen Arbeitsträger werden der Innung im vollen Betrage seitens der Unterstützungsstätte erzeigt.

§ 10. Für Schäden, welche den Angehörigen eines Kassenmitgliedes (Innung) nach Einführung eines Ausstandes in ihren Geschäftsbetrieben, gleichviel ob durch Verminderung des Umsatzes oder durch höhere Lohnzahlung erwachsen, leistet die Unterstützungsstätte keinen Entsch.

Gerathen dagegen einzelne Angehörige eines Kassenmitgliedes (Innung), wenn der Arbeitseinstellung eine Vorträgerung folgen sollte, in Zahlungsfähigkeitserklärungen, welche in jedem Einzelfalle durch den Innungsvorstand bestätigt werden muß, so haben dieselben Anspruch auf eine Unterstützung seitens der Kasse in der Weise, daß ihnen, so lange der Vorträger danert, die Miete für Betriebträume bis zu 1/2 — 3/4 der Höhe derselben ersetzt werden kann.

Unsere Kollegen wissen, was nach Ansicht der reaktionären Innungssäfere „unberechtigte Forderungen“ sind. Die Herren kennen gar keine anderen als solche. — Dass man aber mit diesem Statutentwurf so spät — eine Woche vor dem Verbandstag in Köln — heraustrückt, läßt uns vermuten, daß man es in dieser Frage wieder wie vor drei Jahren in Magdeburg auf eine Ueberumstellung der störrischen Kleinstädte abgesehen hat!

Ein gebildeter Bäckermeister will der Herr Steinführer in Celle sein. Um dies auch der Deputationsfahrt zu demonstrieren, sagte er: „Der Vorstand der bietigen Gesellenorganisation besteht aus lauter Schnarohern; ehe ein halbes Jahr vergangen, ist das ganze Gesindel rausgeschlagen.“ Die betreffenden Kollegen hatten erst Lust, diesen Herren zu versetzen; sie kamen aber schließlich zu der Ansicht, daß diesem Manne zu viel Ehre angehören würde, wenn sie mit ihm vor Gericht gehen würden. Und so kann er sich weiter in gemeinen Schimpfereien austoben.

Die Quartalsversammlung der Berliner Bäckereiinnung „Germania“ vom 21. Juli war für uns insfern interessant, als dort die Frage des

Innungsschiedsgerichts und die Ausschaltung der vor dem Gewerbege richt 1900 abgeschlossenen Einigungsbedingungen in den Bäckereien mit auf der Tagessordnung stand, zu welchen Verhandlungspunkten der Gesellenausschuß mit eingeladen werden mußte und auch erschien war. Der Meister Melchert protestierte gegen eine Beschlusstafel in Sachen des Innungsschiedsgerichts und verlangte, diesen Punkt zu verlagern und zunächst dem Gesellenausschuß das Statut zu unterbreiten. Hohnlächelnd erwiderte der Obermeister Bernard, daß dies nicht möglich sei und die Mitglieder des Gesellenausschusses sich dieses Statut für 30 Jahre laufen könnten. Ohne die Zustimmung der Gesellenvertreter wurde sodann das Schiedsgericht beschlossen. Obermeister Bernard führte dann aus, daß die Einigungsbedingungen in jeder Bäckerei ausgehängt werden sollen. Er habe sein Wort dazu gegeben, dieses den Meistern zu empfehlen, bereue aber schon heute, dieses gethan zu haben. Gesellenvertreter Lehner erklärte: Nach den Einigungsbedingungen soll auch eine in öffentlicher Versammlung gewählte Kommission der Gesellen von drei Mann mit zu den Be ratungen hinzugezogen werden. Das hat die Innung nicht gelassen, deshalb muß der Ausschuß seine Zustimmung ver sagen. Dazu veranlaßt uns als weiterer Grund, daß uns die statistische Erhebung darüber, ob der Meister oder Geselle schuld an der Nichteinhaltung des Tarifs sei, abgelehnt wurde und der Obermeister die betreffende Versammlung sprengte, welche hierüber beschließen sollte. Verschiedene Meister sprachen gegen diesen Ausschlag, da er bedeutungslos sei. Nachdem selbst die Gesellen erklärt hatten, daß sie weder auf den Ausschlag noch auf eine Veröffentlichung der Bedingungen in der Zeitung Wert legten, wurde der Antrag abgelehnt. Der Obermeister dankte hierauf dem Gesellenausschuß für sein Erscheinen und ersuchte ihn, abzutreten, was geschah.

Rache der Innungsfanatiker. Wir berichten in der Nummer 20 von einer Bäckereikontrolle und deren Ergebnis, welche in Rixdorf durch das Kartell und unsere Mitglieder ausgeführt worden ist. Über die erstatteten Anzeigen sind unsere Meister nun schier aus dem Häuschen geraten. In ihrer blinden Wuth schnauben sie nach Rache und wollen diese nun an den wandernden Bäckergesellen nehmen, indem sie in ihrer letzten Innungsversammlung einen schon gefassten Beschluß, wandernde Gesellen mit einigen Bettelpfennigen zu unterstützen, wieder über den Haufen wärten. — Das sieht diesen Innungspatrioten ganz ähnlich!

Einen Schwabentrich leistet sich die Stuttgarter Deutsche Reichspartei. Dort wellert ein verlappter Bäckerinnung dahinter — gegen die „Streikheuer“, welche von Berlin, Hamburg, München und Mannheim kommen und die so „zufriedenen“ Stuttgarter Arbeiter zur „Unbotmäßigkeit“ aufzureißen. Zum Schlus orakelt Schusterle: „So aber sehen wir, daß beim Fleischnerstreit der Mannheimer Schiel, bei der Bäckerbewegung der extra aus München vertriebenen und in der Brodfabrik des Konsumvereins untergebrachte „Genosse“ Landes nebst dem Hamburger Allmann an der Spitze stehen. Letzterer geht im Zwilander von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle um die Bäckergesellen scharr zu machen. Beim Streit der Straßenbahner führte der „Genosse“ Dobler aus München das große Wort. Die Stuttgarter Straßenbahnen soll mit dem Münchener Dobler und dem Berliner Walter verhandeln, wo viele Dutzend von verheiratheten Stuttgarter Bürgern mit ihrer Existenz in Frage kommen. Und jetzt stehen beim Maurerstreit wiederum die norddeutschen „Genossen“ Stolle und Bömelburg im Verdergrund.“

Uns hat das wütende Gelehrte des Schusterle schon manche vergnügte Stunde bereitet; hier hat er sich aber mal einen Bären aufzubinden lassen, der seines Gleichen sucht! Wir machen uns erbötzig. Jedem sofort 100 M. zu bezahlen, der Kollegen Allmann schon mal im Zwilander gefehen hat, und ebenso viel erhält Derjenige, der ihn in Stuttgart hat von Bäckerei zu Bäckerei gehen sehen. — Nun, Schusterle, schaff Leute an, die sich den Preis verdienen!

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Unter dieser Rubrik bringen wir kurz alle wichtigen Beschlüsse und Gegebenheiten in den Zählstellen, von welchen uns Mitteilung zugeht.

In Augsburg fand im „Wittelsbacher Hof“ eine öffentliche Bäckerversammlung statt, in der Kollege Gähner-Münden über das Thema „Welche Macht gehört dazu, um die schlechten Löhne zu verbessern und die Preisen zu senken?“ referierte. Gähner richtete seine Ausführungen so ein, daß sie jeder der anwesenden Kollegen ver stehen konnte. Betreffs der schlechten Löhne überzeugte er die anwesenden Kollegen darunter, daß alle ihre Zustimmung geben müssten, daß nur diesem mit einer Macht abzuhelfen sei, und diese sei der Verband, dem sich jeder anschließen sollte. Nachdem er noch einen kleinen Bericht über die Regensburger Lohnbewegung abstatte, schloß der Referent sein ausgezeichnet gehaltenes Referat und erklärte dafür reichen Beifall. Der Vorsitzende ließ sodann einen ernstigen Appell an die Kollegen ergehen, indem er alle ansforderte, daß sie sich vollständig dem Verband anschließen sollten. Leider war die Versammlung nur schwach besucht, da die Augsburger ihren Weg der Verzummung nicht so leicht verlassen. Nachdem sich drei Kollegen annehmen ließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Zum Schwarzwald ist's schwarz halt!, so schließt der Bericht von der am 24. Juli abgehaltenen öffentlichen Versammlung aus Freiburg i. Br. Dass es thatfräisch ist, sei nachfolgend bewiesen. Kollege Walter hatte am Schlus seines Referates in äußerst scharfen Worten zum Eintritt in den Verband aufgefordert. Daraufhin sah sich der Gesellenverein veranlaßt, auf Doenerstag den 31. Juli eine Versammlung einzuberufen, um von dem Vorsitzenden des Arbeiterkampfvereins sich Rath geben zu lassen, ob sie in den Verband gehen sollten oder nicht. Grobhartig wurde die Tagessordnung: „Wie stellt sich der Verein gegen den Deutschen Bäckerverband?“ aufgestellt. Der Referent verstand sein Geschäft wohl, schlecht aber die Tagessordnung zu erledigen. Er gab selbst zu, daß er den „sozialdemokratischen Verband“ nur schlecht versteht. Kein Wunder, daß er darum einen derartigen Unrat zu Tage förderte. Das Resultat war: „Die Gehülfen sollen in den Christlichen Verein gehen, da sie dort nicht so viel Verträge zu zahlen hätten und dieselbe Ueberführung befänden als in dem Sozialdemokratischen. Auch würde in ersterem die Religion gefürchtet, während sie von letzterem befürchtet werde.“ In der Diskussion wurde dieses Gesetz vor den Kollegen Walter, Gähner, Baum und Franken vollständig widerlegt. Darauf merkte der Herr: „Die Parteiführer hätten es oft stat und die Reaktion verpflichtet. Weil nun die Gewerkschaften von der Partei getrennt würden (solchen Blödsinn kann eben nur ein Christlicher verzapfen!) D. Red. Seien keine Auslagen der Wahl. Von den 15 Meistern zogen alle das Einvernehmen vor.“

Nur zwei Innungsgekreuze sagten etwas, was, das wußten sie selbst nicht. Darauf erfolgte Schluß der von 48 Gehülfen und 15 Meistern besuchten Versammlung. Nun werden die Gehilfenvereine zu den christlichen Gewerkschaften übergehen. Daß wünsche allen glückliche Reise. Eine Aufnahme haben wir doch gemacht und werden sie weiter machen.

Am 24. Juli fand seit langem wieder einmal eine Mitgliederversammlung in Chemnitz statt. Zum ersten Punkt der Tagessordnung hielt Kollege Arnold einen kurzen Vortrag über „Wie betreiben wir den Ausbau unserer Mitgliedschaft am besten?“ Es wurde beschlossen, es vorläufig noch bei einer Zahlstelle zu lassen, doch zur besseren Regelung der Geschäftsführung einen provisorischen Vorstand zu wählen. Aus dieser Wahl ging hervor: Kollege Arnold, 1. Vors.; Sträubel, 2. Vors.; Rödiger, Kassier; Schubert, Schrifts. Am Sonntag den 27. Juli fand eine Sitzung in Sachen der Selbmann'schen Brodfabrik statt. Kollege Arnold unterwarf die Verhältnisse in dem Betriebe einer scharfen Kritik und forderte die anwesenden Arbeiter der Selbmann'schen Fabrik auf, die in dem Betriebe vorhandenen Missstände schönungslos aufzudecken; hier zeigte sich nun, daß die dort beschäftigten Kollegen nur steuerzahlende Verbandsmitglieder (aber keine überzeugten) sind, ein Teil war sogar bemüht, Herrn Selbmann herauszureißen. Es wurde dann die in Nr. 29 unseres Fachblattes veröffentlichte Neuherierung des Herrn Selbmann als nicht ernstlich gemeint betrachtet und von den dort beschäftigten Gehülfen nur als Scherz ausgelegt. Hierauf wurde die Angelegenheit verlassen. Nun wurden die Überstunden und deren schlechte Bezahlung in Betracht gezogen, wozu ein von dem Kollegen Arnold gestellter Antrag von Herrn Selbmann als auch von seinen Arbeitern angenommen wurde: „Die Überstunden sind so viel wie möglich zu vermeiden; sollten sich dieselben nothwendig machen, so sind sie mit 35 M. pro Kopf und Stunde zu bezahlen“. Die Entlastung des Kollegen Erler, die nun noch zur Sprache kam, stellte sich als berechtigt heraus. Diese Sitzung hat uns gezeigt, daß Herr Selbmann im großen Ganzen ein ziemliches Entgegenkommen zeigte, doch aber auch ein großer Theil der Schule in der Einigkeit der dort beschäftigten Kollegen selbst liegt. Herr G. empfahl dem Vorsitzenden noch, bei vor kommenden Streitigkeiten in seinem Betriebe sich direkt an ihn zu wenden; er würde dieselben, wenn es in seiner Macht läge, gewiß beilegen. Nun riefte Koll. Arnold noch einen Appell an die dort beschäftigten Kollegen, in Zukunft zusammenzuhalten, unsere Mitgliederversammlungen regelmäßig zu besuchen und einen Vertretermann aus ihrer Mitte zu wählen, der bei vor kommenden Streitigkeiten sofort mit dem Vorsitzenden der Mitgliedschaft in Verbindung tritt.

In Bielefeld fand am 25. Juli eine allgemeine Bäckerversammlung statt, zu der als Referent der Koll. Friedmann-Hamburg erschienen waren. Nachdem die Beiträge erhoben waren, ließ sich wieder ein Kollege in unserer Verband aufnehmen. Sodann referierte Kollege Friedmann über das Thema „Das Verhalten der Gewerkschaften während der Zeit einer wirtschaftlichen Krise“. Der Referent entledigte sich seines Themas vorzüglich und wurde ihm seitens der Versammlung allgemeiner Beifall gezollt.

In Hechingen fand am Sonntag den 3. August eine Bäckerversammlung statt, zu der außer den Verbandsmitgliedern von Hechingen auch eine Anzahl Offenbacher Kollegen erschienen waren. Nachdem die Beiträge erhoben waren, ließ sich wieder ein Kollege in unserem Verband aufnehmen. Sodann referierte Kollege Friedmann über das Thema „Das Verhalten der Gewerkschaften während der Zeit einer wirtschaftlichen Krise“. Der Referent entledigte sich seines Themas vorzüglich und wurde ihm seitens der Versammlung allgemeiner Beifall gezollt. Da die Offenbacher Kollegen ihre Liedchen mitgebracht hatten, wurde auch bei den Klängen eines Klaviers das Tanzbein geschwungen. Nur ist es tiefräufig, daß von Frankfurt so wenige Kollegen erschienen waren, insbesondere daß nur drei Mann von der Gesangsabteilung der Einladung gefolgt sind. Dies beweist uns, welche namenlose Gleichgültigkeit unter diesen Kollegen herrscht und daß das kollegialische Zusammensein geübt bei den Frankfurter Kollegen voll und ganz geschrunden ist. Nun frage ich die Sängerkollegen von Frankfurt, ob dies so weitergehen soll? Die Kollegen dürfen doch nicht glauben, daß die Frankfurter Mitgliedschaft jede Woche 6 M. für einen Gesangsabteilung ist doch nur deshalb gegruendet, um die Kollegialität zu pflegen und gerade solche Veranstaltungen, wie dies in Hechingen war, wirken agitatorisch. Hoffentlich tragen diese Freuden dazu bei, daß endlich einmal ein anderes Leben und mehr Mut und Schaffensfreudigkeit bei den Frankfurter Kollegen einzieht, denn sonst werden wir niemals vorwärts kommen. Also, Kollegen! Lädt uns sein einzig von Brüdern. Unsere Parole muß heißen: Einer für Alle und Alle für Einen!

In Dresden fand am 31. Juli die von 25 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege L. brachte eine Beschwörung vor, daß er vom Innungs-Arbeitsnachweis nicht eingeschrieben wurde; der Sprechmeister habe erklärt, daß nur solche Gesellen eingeschrieben würden, die im Besitz des „Germaniabuchs“ oder einer Arbeitsbescheinigung seien und weiter, daß dieser Beschluß mit Genehmigung des Gesellenausschusses gefasst worden sei. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in der dieser Gewaltakt seitens der Innung und das Verhalten des Gesellenausschusses aufs schärfste beurteilt wurde. Es gelang folgender Antrag zur Annahme:

Die heutige Mitgliederversammlung beauftragt den Gesellenausschuß, daß er sobald als möglich eine öffentliche Versammlung einberuft, um diesen Gewaltakt der Innung rückgängig zu machen.

Zu bemerken ist noch, daß der Vorsitzende der Mitgliedschaft auch Mitglied des Gesellenausschusses ist. Nach lebhafter Debatte sprach Kollege Langer dem Vorsitzenden das Verständnis und die Fähigkeit auf Grund verschiedener Vorwürfe ab, die hiesige Mitgliedschaft weiterzuführen. Das auf legie des Vorsitzenden, Kollege Max Paul, sein Amt niedert. Zur weiteren Leitung der Versammlung wurde der Kollege Weinert gewählt. Kollege Langer brachte den Antrag ein, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, mit der Tagessordnung: „Neuwahl des Vorstandes“. Nach einer zeitweilig lärmenden und persönlichen Debatte stellte Kollege Pitschmann den Antrag, daß zunächst darüber abgestimmt werde, ob der Verstand jährl. für die Verwaltung der Mitgliedschaft weiterzuführen. Die gewisse Zustimmung ergab, daß mit 11 gegen 2 Stimmen dem Verstand diese Fähigkeit abgesprochen wurde. Hierauf legten sämtliche Vorstandsmitglieder ihre Stimmen nieder. Es wurde eine Kommission eingerichtet, welche die Geschäfte bis zur außerordentlichen Generalversammlung weiterzuführen hat. Nachdem der Kollege Kirschf. die anwesenden Mitglieder in kürzigen Worten zur Treue und weiteren Aktion aufgefordert, sich nicht durch die entstandenen Vorwürfe irre machen zu lassen, sondern für die weitere Ausbildung des Verbandes Sorge zu tragen, wurde die Versammlung geschlossen.

Bäckerbewegung im Auslande.

Die Wiener organisierten Kollegen beschäftigt jetzt die Frage, ob trotz der auf dem Verbandsstabe beschlossenen bedeutenden Erhöhung der Verbandsbeiträge die bisher in Wien freiwillig gezahlten 10 Heller pro Woche zum Widerstandsfonds (Streifkonto) weiter bezahlt werden sollen. Die Leitung der Wiener Bruderkorganisation befürwortet, die Beiträge zu diesem Fonds obligatorisch einzuführen, und es scheint, als wenn dieser Antrag Annahme findet. Gesicht das, so würde der Wochenbeitrag in Wien 70 Heller (60 S.) betragen und mit dieser Beitragshöhe unsere dortigen Kollegen auch für zukünftige Lohnkämpfe leistungsfähiger werden.

In Budapest herrscht augenblicklich eine gewaltige Gärung unter unseren so sehr unterdrückten und von profitorientigen Meistern bis auf Neuerster ausgenutzten Kollegen. Eine den Gewalten seitens der städtischen Behörden schon lange zugesagte Bädererweiterung ist durch meisterlichen Einfluss derartig verstimmt worden, daß dieselbe die Kollegen noch mehr entrichten und unterdrücken würde. Dagegen erheben unsere Kollegen stammenden Protest, und wenn die Behörden nicht bald einlenken, droht ein erbitterter Kampf und Streit bevorzugt zu sein! Deshalb hält den Zug nach Budapest fest!

In Italien besteht seit zwei Jahren eine Bäderorganisation mit dem Sitz in Mailand und einem 14-tägig erscheinenden Fachorgan. Wir tauschen mit unseren dortigen, wie mit allen ausländischen Bruderkorganisationen die Fachblätter aus, aber eine gegenseitige Verständigung ist in diesem Hause schwer und eine Übereinkunft mit großen Kosten verbündet. Sollte sich unter unseren Mitgliedern jemand finden, der im Stande ist, uns die wichtigsten Sachen aus dem italienischen Bruderkonvent zu überzeugen, so bitten wir um dessen Adresse.

In Holland befinden sich unsere Kollegen schon seit Jahren im Kampf für gelegliche Befreiung der Sonntags- und Nacharbeiter in den Bäderen, der jetzt mit dem Erstellen der Organisation wieder neu belebt wird. Am 27. Juli tagte zu Haarlem eine große provinziale Bädererversammlung unter starke Beteiligung der Verbandsabteilungen aus Haag, Amsterdam, Arnhem, Zaandam und Utrecht, in der eine Resolution angenommen wurde, wodurch die Regierung aufgefordert wird, die Rechte und Sonntagsarbeit in den Bäderen gesetzlich zu verbieten. Besonders wird noch erwartet, daß man wegen des christlichen Charakters des jüngsten Ministeriums um so eher eine Erfüllung dieser gerechten Forderung erwarte. Außerdem erklärten die Versammlungen, kräftig für das allgemeine Wahlrecht zu wenden zu wollen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Zwischen den Vorsitzenden der Verbände in der Nahrungsmittelindustrie — Bäder, Brauer, Konzidierer und Müller — ist, vereinbart durch gegenseitige Aussichtsrechte der betr. Organisationssitzer auf dem Gewerkschaftstag in Stuttgart, eine Vereinbarung dahin getroffen worden, sich gegenwärtig in der Agitation und Gründung von Zählstellen mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu unterrichten und besonders soll das in solchen Gegenden und Städten der Fall sein, wo bisher der eine oder andere Verband noch nicht in der Lage war, seinen Zusatz zu setzen. Bekanntmachung zu diesem gemeinsamen Vorgehen war auch mit der Umschrift, daß — von einzelnen römischen Ausnahmen abgesehen — die Räte alle in mittleren und kleinen Städten Aufrufungen zu Versammlungsberatungen für die Berufe, die am Orte noch nicht organisiert sind, in den weiten Hälften gemacht beantworsten oder jenseits Berufe vornehmlich als „ausichtslos“ abhängen. Seides ist auch geschehen in solchen Fällen, wo unser Vorstand dem bet. Ratje mittheilt, daß die Kosten der Versammlung von unserem Verband zurückgestattet werden und dem Briefe eine frankirte Postkarte zur Rückantwort beigelegt war, auch dann ja des Letzteren keine Antwort erfolgt!

Wir erinnern nun unsere Freunde der Zählstellen dringend, sobald sich ein Verbands-, Kreis- oder Zählstellenvorstand dieser Art Berufe an nahe Kollegen um Unterhaltung in der Agitation wendet, diese nach bestem Rücksicht dem bet. Verband zu gerichten und beratige Anfragen und Erfragen sofort zu bearbeiten.

Hoffen unsere Freunde die Hilfe einer Zählstelle dieser Verbände in Aufschluß nehmen, so ist uns Mitteilung zu machen, da uns die Adressen freiz. zur Verfügung stehen.

Wo liegen die Antworten der Mitgliedschaften, betr. Lehrlingsförderung?

Trotz der Mitgliedschaftserhöhung in dieser Tagesschicht erhält die Menge mit jedem Heller, etwas Energie und Geduld leicht auszuüben ist, beweist uns der Umstand, daß von einer Reihe Zählstellen diese Aufgabe bereits vorausgefüllt ist. Leider verzögern aber bei dieser etwas komplizierten Herstellung eine Reihe von Verhältnissen, die, wie wir vermuten, diese Arbeit noch verzögert in Anspruch genommen haben. Diese Aufgabe zu lösen ist aber, wie jedes Mitglied weiß, ein wichtiger Punkt, daß es Gott tritt, mit aller Energie und Eifer zu tun ist, um bis 1. September gezeigt zu haben, daß die Zählstellen eingesetzte Zählstellen, welche dann noch nicht ihre Pflicht erfüllt haben, werden eigentlich in diesem Blatte bekannt gegeben!

Den in Regelm. und Sonntagsabenden beschäftigten Kollegen (aber, wo soll deren Betrieben nicht bekannt werden, den Verhältnissen der bet. Mitgliedschaften) sind Angebote über Gewerkschaft, keine Einsichtnahme dieser Verbände, sonst über die Arbeitse- und Lebensverhältnisse unserer bet. Kollegen zu empfehlen.

Wir erinnern sie bei Kollegen um genaue und vollständige Einsichtnahme aller daraus verfolgten Fragen und um Einsichtnahme der Gewerkschaft für 1. September d. J.

In größeren Betrieben wird es sich empfehlen, daß eine Kommission von den Kollegen zur Einsichtnahme dieser Fragen einsetzt wird.

Sollten die Kollegen eines betrieblichen Bäderbetriebes — ganz gleich, ob sie einzelne Betriebe als Mitglieder annehmen oder nicht — Angebote nicht erhalten haben, so erläutern wir dieselben, um ihnen an den Verbandsvorstand zu senden.

An dieser Stelle wird alle Mitglieder aufgefordert an ihre städtische Wirtschaft einzutreten, ihre Beiträge zeitig und pünktlich zu entrichten und darüber nicht mal länger als bis zu 6 Wochen zusammen zu lassen. Größere Betriebsstörungen — wenn sie Mitglieder nicht Stellung breiteten rechtzeitig einzutreten und dabei helfen — sieben nichts bei Berlin in der Ansprache auf Arbeitslosenunterstützung oder Rentenversicherung auf die Dauer eines solchen Jahres nach sich!

Der Verfasser: Paul Allmann, Börschreiber.

Achtung.

In der Woche vom 20. Juli bis 5. August gingen bei der Hauptklasse folgende Beiträge ein:
Für Juni: Mitgliedschaft Hamburg M. 675.30.
Bremen 16.—, Wiesbaden 14.—
Für Juni und Juli: Rosenheim M. 28.90, Bayreuth 6.80, Breslau 62.50, Bad Reichenhall 41.80.
Für Mai, Juni und Juli: Hanau M. 27.50, Traunstein 21.60.

Für Juni: Leipzig (Mitgliedschaft) M. 133.10, Leipzig (Einzelzähler) 18.—, Augsburg 28.30, Lübeck 97.50, Düsseldorf 28.30, Dresden 90.60, St. Joh. Saarbrücken 45.30, Frankfurt a. M. 107.90, Dortmund 16.40, Mainz 60.90, Darmstadt 33.—, Ludwigshafen 12.90, Stettin 14.80, Celle 17.10, Königslütze 13.20.
Für Mai und Juni: Halle a. S. M. 39.80, Weimar M. 4.80.

Vom Darlehen zurückbezahlt: Regensburg M. 50.—
Von Einzelzählern der Hauptklasse: B. S. Feldstedt M. 8.81; O. M. Gattenstedt 7.20; F. G. Pichler 4.80; A. M. Poppard 2.10; H. D. M. Mengerdorf 6.30; H. R. Lindau 6.—; F. H. Oldenburg 2.—; A. R. Würden 1.60; B. S. Poppard 5.90; M. S. Köln 2.—; B. U. Laufen 4.80; B. G. Nürnberg 4.80; G. L. Glasbüttel 4.80; R. S. Dorsten 4.80.

Von Abonnenten und für Annoncen: A. F. Lunz M. 21.14; B. M. Kasse, Leipzig 13.50; F. S. München 25.—; S. B. München 15.60; B. M. Kasse, Dresden 45.—

Der Hauptklasse. Fr. Friedmann.

Allzeigen.

Mitgliedschaft Dresden.

General-Versammlung

Donnerstag, 14. August, Nachm. 3 Uhr,
im "Volkshaus", Ritterberg und Marxstraße.
Tagesordnung: 1. Haushaltsericht. 2. Neuwahl des
Vorstandes. 3. Gewerkschaftliches. [M. 2.20]

Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Verband der Bäder. Mitgliedschaft Hamburg.
Die Sektions-Versammlungen der Weiß- und Grob-
bäder im Monat August finden nicht statt.

Dafür

Mitgliederversammlung

Sonntag, 24. August, Nachmittags 2½ Uhr,
bei Hilmer, Gänsemarkt 35.

Tagesordnung: 1. Beschlusffassung über die Er-
hebung von Extrabeiträgen für die ausgesetzten Bau-
arbeiter. 2. Endgültige Beschlusffassung über die An-
stellung eines beaufsichtigten Beamten. 3. Die Beitrags-
fassung. 4. Verschiedenes.

[M. 3.40] Der Vorstand.

Achtung!

Bäderküchensarbeiter (Hausknechte, Küchler usw.)

Sonntag, 17. August, Nachmittags 4 Uhr

Öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn Durbach, Zeilsfeld 20—21.

Tagesordnung: Die liestraurige Lage der Küchler, Hausknechte und Küchensarbeiter in den Bäderen und Küchentreien. Referent: Kollege Gebert. 2. Diskussion. 3. Aufnahme zur Organisation.

Um den Besuch aller Kollegen erachtet

Der Einberafer.

Oberbäcker.

Tüchtiger, in allen Zweigen der Brod- und Weiß-
bäckerei gründlich erfahrener Oberbäcker findet Lebens-
stellung in einer mitteldeutschen Grossenheits-
Bäckerei mit Maschinenbetrieb.

Angebote befördert unter G. B. 510 die Exped.
dieses Blattes.

[M. 3.—]

Bäcker- Einkaufsquellen

Großste Auswahl in neuen und getragenen Herren-
kleidern, sowie Anfertigung nach Maß zu bekannt
billigsten und reellsten Preisen.

J. H. Bloch,
München, Brunnstr. 3/0, im Verbandslokal.

Café Wittelsbach

Herzog Wilhelmstraße.

Größter Rendezvousplatz

der

Bäcker Münchens.

Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag waren 3—400
Bädergehälser zu treffen. Von jetzt ab ebenfalls
wied. e. größter

Hauptversammlung.

Beliebtes Sägewerk-Lokal für die Bäder steht zur
Verfügung. Großer Billardsaal 2. fl. Kasse, Biere u.
sonstige Getränke.

Zahltreuen Besuch steht freundlichst entgegen

Franz Ströbel u. Frau.

Achtung! Bäcker Berlins! Achtung!

Empfehle den geehrten Herren Bäckern meine
freundlichen Lokalitäten. Gute Getränke, gross-
artige Auswahl in kalten Speisen. Täglich
grosser Bäckerverkehr.

Achtungsvoll Johann Boss,
Klosterstr. 101, Verbandslokal.

W. Marx & Co., Halle a. S.,

Ludwigstraße

liefern Teigtheilmaschinen verschiedener
Konstruktionen zu den billigsten Preisen.
Sauberste Arbeit! Bestes Material! Prospekte gratis!
M. 3.— Vertreter und Wiederverkäufer gesucht.

Rosenheim (Bayern).

Restaurant Frühlingsgarten

Herberge, Verbands- u. Verkehrslokal der Bäcker.
Treffpunkt jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag
Besitzer: Josef Löw.

Basel (Schweiz)

Das Verkehrslokal der Bädergewerkschaft befindet
sich jetzt im Hotel zur Blume, Schiffstraße-Schwanengasse.

Unserem langjährigen treuem Mitglied

H. Loitsch

bei seinem Scheiden von hier ein herzliches Lebewohl!
M. 1.20] Mitgliedschaft Lübeck.

Wo hält sich das Mitglied Joh. Bauer auf?
Adresse erbitte sofort an Jos. Bauer, Bornstr. 234, Dortmund.

Machruß!

In kurzer Zeit hat der unerbittliche Tod zweier
treuer Mitglieder aus unserer Mitte gerissen. Ende
Mai verstarb unser Kollege

Louis Weber

in Fahrenkrug und am 2. August der Kollege

Wilhelm Kayser.

in Lübeck. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren

Mitgliedschaft Lübeck.

Versammlungs-Anzeiger.

Altona. (Sektion Grobbäder.) Mitgl.-Vers. Sonnabend,
9. August, Abends 7½ Uhr, bei Wm. Ebler, Norderstr.
Breslau. Mitgl.-Vers. Dienstag, 19. Aug., Nachmittags
4 Uhr, im "Gewerkschaftshaus".

Braunschweig. Mitgl.-Vers. Mi. zwech, 20. August, im
"Gewerkschaftshaus", Werder 32.

Berlin. Diskussionsstunde jeden Donnerstag, Nachmittags
3 Uhr, bei Voss, Klosterstr. 101.

Bad Reichenhall. Mitgl.-Vers. Dienstag, 12. August, in
der "Blauen Trompe".

Bergedorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 10. August, Nachm.
3½ Uhr, bei W. Stille, Sachsenstraße.

Berlin. Mitgl.-Vers. Dienstag, 12. August, Nachm.
3 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11—12.

Cassel. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 21. August, bei Buch-
bach, Schäfergasse 14.

Cottbus. Dessentl. Vers. Donnerstag, 14. August, Nachm.
4 Uhr, im "Kop der guten Hoffnung", Luisenstraße.

Dresden. Ankervordentl. Generalsvers. Donnerstag, den
14. August, Nachm. 3 Uhr, im "Volkshaus".

Dortmund. Mitgl.-Vers. Sonntag, 10. August, bei Mühl-
hauen, 1. Kampfstr. 73.

Düsseldorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 17. August, Vormittags
10½ Uhr, im Bremather Hof, Königallee.

Elberfeld. Mitgl.-Vers. Sonntag, 10. August, Vorm.
11 Uhr, im "Volkshaus", Hochstraße 17.

Eisen a. d. Ruhr. Mitgl.-Vers. Sonntag, 17. August, Nach-
mittags 5 Uhr, in der "Russia".

Freiburg i. Br. Dessentl. Vers. Donnerstag, 14. August
im unteren Storchensaal, Schiffstraße. (Referent Koll.,
Lankes-Stuttgart.)

Hildesheim. Vers. Vers. Donnerstag, 14. August, Nachm.
4 Uhr bei Schäfer, Schuhstr. 3.

Hannover. Vers. Sonntag, 17. August, bei
Herrn Winkler, Königstr. 34.

Kiel. Mitgl.-Vers. Mittwoch, 13. August, Nachm. 4 Uhr,
bei Schröder, Am Markt.

Königsbrücke. Mitgl.-Vers. jeden Dienstag, Nachmittags
3 Uhr, im "Deutschen Kaiser", Synagogenstr. 6.

Leipzig. Dessentl. Vers. Mittwoch, 13. August, Nachm.
4 Uhr, in der "Flora", Windmühlenstr.

Pl. Grund. Dessentl. Vers. Sonntag, 17. August, Nach-
mittags 3 Uhr, in Kunath's Restaurant, Bahnhofstraße
in Deuben.